



## **Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.**

Geschäftsstelle Bürgerallianz Thüringen e. V. • Kurhausstraße 6 • 36433 Bad Salzungen  
Landesvorsitzender Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden, Fon: 03683/402048

### ***Arnstädter Bürger fordern Abschaffung Zwangsbeiträge***

Es muss Schluss sein mit der Erhebung von Abwasserbeiträgen und Straßenausbaubeiträgen, die keineswegs mehr zeitgemäß und gerecht sind. Dies war die Kernforderung während einer Diskussionsveranstaltung des Sprecherrates der Bürgerinitiativen aus dem Bereich des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt und Umgebung (WAZV).

Die Bürgerinitiativen hatten sich am 15. Juni 2010 Vertreter aller fünf Landtagsfraktionen und der Landesregierung zum Streitgespräch eingeladen. Der Saal im Gasthaus „Goldene Henne“ war gut mit interessierten Bürgern gefüllt. Im Mittelpunkt stand ein Gesetzentwurf zur Abschaffung der Zwangsbeiträge, den die Thüringer Bürgerallianz als Dachverband der Bürgerinitiativen für sozial - gerechte Kommunalabgaben erarbeitet und dem Landtag übergeben hat. Peter Hammen, Landesvorsitzender der Bürgerallianz stellte den Gesetzentwurf vor. „Wir wollen die seit 15 Jahren bekämpften Zwangsbeiträge abschaffen und damit Gerechtigkeit in Thüringen herstellen. Bisherige Gesetze und darauf basierende Gerichtsentscheidungen genügen den Forderungen und Ansprüchen der Bürgerallianz nicht“, so Peter Hammen.

Vertreter der SPD, der LINKEN und von Bündnis 90/Grüne stellten sich der Diskussion mit den Bürgern, während CDU und FDP sowie die Landesregierung kniffen.

LINKE und Bündnis 90/Grüne haben dabei signalisiert, den Gesetzentwurf der Bürgerallianz aufzugreifen und in den Landtag einzubringen. CDU und SPD verwiesen hingegen darauf, dass die Landesregierung gegenwärtig einen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet und deshalb keine „Amtshilfe“ durch die Bürgerinitiative brauchen.

In der teilweise emotional geführten Diskussion sprachen Bürger von „kalter Enteignung“ durch die Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen. Albrecht Dürer als Liebenstein verdeutlichte an seinem persönlichen Beispiel, wie die Zwangsbeiträge Menschen in den finanziellen Ruin treiben können. So gibt es in seiner Gemeinde die gesetzlich höchstmöglichen Beitragssätze.

Eleonore Mühlbauer, SPD-Landtagsabgeordnete aus Arnstadt befürchtet neue soziale Ungerechtigkeiten, sollten die Abwasser- und Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden. Schon viele Bürger hätten die Beiträge schon gezahlt. Sabine Berninger, Landtagsabgeordnete der LINKEN hält diese Bedenken für unberechtigt, enthält der Vorschlag der Bürgerinitiativen gerade doch auch Regelungen für die Rückerstattung und Verrechnung bereits gezahlter Beiträge.

Was die Landesregierung als Lösungsvorschlag präsentieren wird, blieb an diesem Abend weitgehend unklar. Die komplette Abschaffung der Zwangsbeiträge ist wohl eher nicht zu erwarten. Die so genannte sächsische Regelung, bei der die Kommunen selbst entscheiden können, ob und in welcher Höhe Beiträge erhoben werden, erscheint da schon wahrscheinlicher.

Peter Hammen ist gegenwärtig optimistisch: „Es wird Veränderungen geben, darauf deuten alle Signale“. Abzuwarten bleibt jedoch, in welchem Umfang die Forderungen der Bürger durch die Politik umgesetzt werden.

Frank Kuschel